

**(K)EIN MM BESSER!**

## **ORANGE IST DAS NEUE ROT**

Schon nach gut zwei Jahren zieht der Media-Markt wieder aus der Innenstadt in Bern aus. Ab 2018 soll die Migros die Halle mit einem ähnlichen Konzept wie früher bewirtschaften. Ob wir uns darüber wirklich freuen sollen? So sicher sind wir nicht.

**Fortsetzung**

Nun ist also fertig, früher, als erhofft: Der Media-Markt am Bahnhof Bern wird geschlossen, nach nicht einmal drei Jahren. Schadenfreude herrscht. Nicht, dass wir wirklich glauben, die Proteste damals hätten den Auszug erwirkt, auch wenn viele Leute da waren, auch wenn es Spass gemacht hat. Nein, das war dann doch eher der gelobte freie Markt, der entschied. Und das böse Internet. «Der Standort ist schlicht und ergreifend wirtschaftlich nicht tragbar.», sagt der Geschäftsführer von Media-Markt Schweiz gegenüber dem Blick. Dass man das nicht hätte im Voraus ausrechnen können, ist zu bezweifeln. Dass es viele Menschen aus Bern geben wird, die den Wegzug des Media-Markts aus der Innenstadt bedauern, ebenfalls.

**Schadenfreude herrscht, Freude nicht so sehr**

So richtig freuen kann man sich dann aber doch nicht über den unerwartet baldigen Wechsel zurück zur «alten» Markthalle. Nur schon die Zeit-, Geld- und Ressourcenverschwendung. Die schöne alte Halle, die der Media-Markt beim Umbau angeblich möglichst nicht verändern wollte, ist jetzt eine genormte Ladenverkaufsfläche in weiss, grau und rot, an die alte Halle erinnert gerade mal gar nichts mehr. Das hätte man sich wirklich sparen können. Und einige der Restaurants aus der alten Markthalle konnten an ihrem neuen Standort nicht bestehen und sind nun aus Bern verschwunden (mein Lieblingsdöner zum Beispiel, verdammt noch mal!).

Und dann die neue Mieterin: die Migros, im Ernst? Und darüber sollte man sich freuen? Die Migros-Gruppe, die im Jahr 2016 27.7 Milliarden Franken Umsatz machte, davon 15.6 Milliarden allein durch ihre eigenen sogenannten Genossenschaften – im Gegensatz zum Media-Markt Schweiz, der 2015 888 Millionen Umsatz erreichte (die Zahlen von 2016 sind noch nicht veröffentlicht)? Wer sich für Kleingewerbe einsetzt

und Grossverteiler\_innen aus Bern weg haben möchte, kann den Einzug der Migros in die Markthalle kaum als Erfolg feiern.

**Ein Treffpunkt für alle**

Trotzdem: Besser als ein Media-Markt wird die neue Nutzung sicherlich sein. Gastronomie ist ja eigentlich was Schönes. Bleibt nur zu hoffen, dass als Untermieter\_innen nicht nur schon jetzt erfolgreiche Restaurantbetreiber\_innen und junge, dynamische, stromlinienförmige Pop-up-Unternehmen zum Zug kommen. Sondern, wie vorher, auch kleinere Betriebe, schmutzige Plastikstühle, fettige laminierte Menükarten mit schlechten Fotos und was das Herz sonst noch so begehrt. Und dass uns nicht eine durchorganisierte Markthalle erwartet, wo nur sitzen kann, wer auch bezahlt. Zumindest ein Bereich, in dem der Aufenthalt nicht an den Kauf von irgendwas gebunden ist, an dem Rumsitzen, Picknicken und Schwatzen auch ohne Konsumation möglich ist, sollte eine Selbstverständlichkeit sein. Damit aus der Markthalle ein echter Treffpunkt für alle entstehen kann.

Zu guter Letzt: Die wenigen Tage des Media-Markts mitten in Bern, die uns noch bleiben, sollten wir nicht verplempern: Nach wie vor freut sich der rote Riese über euren Elektroschrott, über nutzlose Fragen, über einen Flashmob bei ihm im Laden. Oder über Trauerbekundungen wegen der baldigen Schliessung. Lasst euch was einfallen.

Alice Galizia

**Editorial****von Julian Zürcher**

Judihui & Tralala, der neue JA!rgon ist da! Und dies ist nicht der einzige Grund zur Freude: Die JA! hat seit den letzten Stadtratswahlen im November wieder zwei Sitze, welche durch Seraina Patzen und Eva Krattiger besetzt werden.

Doch leider gibt es auch schlechte Nachrichten: Seit den Wahlen haben wir ein riesiges Loch in unseren Finanzen, da Wahlkampf durch den Druck von Plakaten, Wahlbroschüre und diversem anderem Wahlkampfmaterial zu einem teuren Spass wurde. Und da sind wir auf dich angewiesen: Da die JA! keine Mitglieder hat und somit niemand Mitgliederbeiträge zahlen muss, sich ausserdem ausschliesslich über Spenden finanziert, haben uns die Kosten finanziell ruiniert. Damit wir auch weiterhin politisch aktiv sein können und die eine und andere Aktion auf der Strasse planen können, sind wir auf dich angewiesen. Jede noch so kleine Spende hilft uns riesig und wir danken dir tausend Mal.

Für konventionelles Kriegsmaterial existiert bis heute kein Finanzierungsverbot

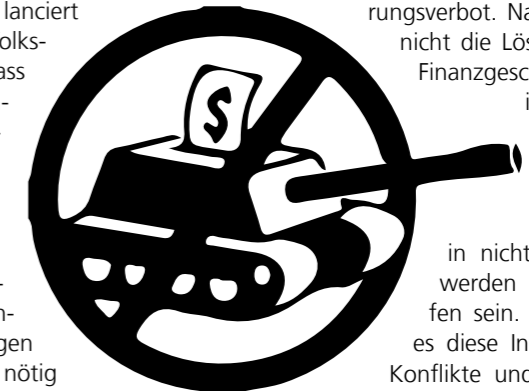
# Kein Schweizer Geld für die Kriege dieser Welt!

**Hast du dir schon mal überlegt, was mit deinem Geld passiert, wenn du es auf dem Bankkonto deponiert hast? Oder mit dem Geld, das dein\_e Arbeitgeber\_in in deine Pensionskasse einzahlt? Vorausgesetzt, du hast dein Konto nicht bei der ABS oder einer ähnlichen Bank, finanzierst du mit deinem Ersparnis wahrscheinlich Projekte, die du nicht unbedingt finanzieren möchtest, z.B. in der Bau-, Rohstoff- und Energieindustrie, aber eben auch in der Rüstungsindustrie. Eva Krattiger**

Seit ein paar Jahren entsteht in der Öffentlichkeit ein Diskurs über nachhaltige Geldanlagen. Und zwar nicht nur finanziell nachhaltig, also gewinnbringend, sondern auch sozial und ökologisch nachhaltig. Verschiedene Banken und Versicherungen gaben sich Ethikrichtlinien oder Nachhaltigkeitsstrategien. Doch oft sind diese «Commitments» nicht bindend, sondern werden nur berücksichtigt, wenn dabei der finanzielle Gewinn nicht beeinträchtigt wird. Die Finanzakteur\_innen verpassen sich also eher einen grünen Anstrich, als dass sie ihre Anlagestrategien wirklich verändern würden. Die Schweiz hat einen der grössten Finanzplätze weltweit und steht deshalb in besonderer Verantwortung, dass darüber keine Drecksengeschäfte abgewickelt werden.

**Kriegsgeschäfte-Initiative**

Ein breites Bündnis unter Federführung der GSoA und der Jungen Grünen lanciert deshalb im April eine nationale Volksinitiative, die verhindern will, dass Schweizer Geld in die Rüstungsindustrie fliesst. Dazu soll Pensionskassen und der Schweizerischen Nationalbank verboten werden, Kriegsmaterialproduzent\_innen zu finanzieren. Zudem soll der Bund auf nationaler und internationaler Ebene sinnvolle Bedingungen für Banken und Versicherungen fördern. Dass ein solches Verbot nötig ist, zeigen ein paar eindruckliche Zahlen: So haben die beiden Grossbanken Crédit Suisse und UBS im Jahr 2015 zusammen 6.5 Milliarden Franken in Kriegsmaterialproduzent\_innen investiert und die SNB hat 2016 800 Millionen Dollars allein in amerikanische Atomwaffenproduzent\_innen. Die Schweizer Grossbanken investierten 2014 pro Einwohner\_in 798 USD in Unternehmen, die nukleare Rüstungsgü-



ter herstellen. In Deutschland lag dieser Wert bei 122 USD und in Österreich bei 9 USD.

Doch Kriegsmaterial ist bekanntlich kein Gut wie jedes andere. Es wird in vielen Gegenden der Welt tagtäglich eingesetzt und verursacht unglaubliches Leid. Die Bilder davon sehen wir in den Medien. Die Menschen, welche vor dieser Gewalt flüchteten, treffen wir im Bus, auf der Strasse, im Supermarkt. Als Gipfel der Perversität werden diese Geflüchteten als Gefahr für unsere Sicherheit dargestellt. So profitiert die Rüstungsindustrie schliesslich auch von der Militarisierung der Grenzen «zum Schutz vor Geflüchteten». Es ist Zeit, dass wir Verantwortung übernehmen für die Gefahr, die unser Geld in der Welt verursacht und aufhören, die Opfer unseres kapitalistischen Systems als Bedrohung darzustellen.

**Löchriges Finanzierungsverbot**

Seit 2013 ist die Finanzierung der Produktion international geächteter Waffen (Kernwaffen, biologische und chemische Waffen sowie Antipersonenminen) per Gesetz verboten. Der Gesetzestext ist aber so konzipiert, dass er nur als unnützer Papiertiger bezeichnet werden kann. Denn: die indirekte Finanzierung ist nur strafbar, wenn damit das Verbot der direkten Finanzierung umgangen werden soll. In der Praxis ist das aber beinahe unmöglich nachzuweisen. Dies zeigt auch ein Blick in die Rechtsprechung: Seit der Einführung des Artikels im Jahr 2013 hat es keinen einzigen solchen Fall gegeben. Für konventionelles Kriegsmaterial existiert bis heute kein Finanzierungsverbot. Natürlich ist die Initiative nicht die Lösung aller schmutzigen Finanzgeschäfte. Und natürlich ist die Rüstungsindustrie nur ein kleiner Teil des gesamten Geschäfts und alle anderen Investitionen in nicht-nachhaltige Branchen werden davon nicht betroffen sein. Und trotzdem braucht es diese Initiative jetzt. Denn die Konflikte und Kriege, die heute irgendwo stattfinden, werden auch durch Schweizer Geld finanziert. Wir profitieren finanziell davon, dass weltweit eine Unsicherheitslage beschwört wird und dass Trump seine Armee aufrüsten will. Solange die Schweiz finanziell profitiert von Kriegen, dient das humanitäre Engagement nur als Tarnmantel. Auch wir verpassen uns damit einen grünen Anstrich.

# Von Zwischennutzungen und Hausbesetzungen

In der Stadt Bern herrscht nach wie vor Wohnungsnot. Der Mangel an Wohnraum und insbesondere an zahlbarem oder gar günstigem Wohnraum steht seit Jahren weit oben auf der politischen Traktandenliste dieser Stadt. Der Gemeinderat setzt zur Lösung des Problems bisher einzig auf Neuüberbauungen. Und Neubauwohnungen sind in der Regel teuer. Andere Lösungen und Ideen, wie beispielsweise dem Überschuss an Büroräumlichkeiten, dem Verschwinden von zahlbaren Altbauwohnungen durch Luxussanierungen oder auch dem Problem von leerstehenden Liegenschaften begegnet werden könnte, fehlen bisher.

## Leerstand ist kein Zustand

In einer Stadt wie Bern, wo Wohnraum knapp ist, darf es eigentlich nicht passieren, dass Liegenschaften über mehrere Monate oder gar Jahre leer stehen. Trotzdem kommt es immer wieder dazu und Hausbesetzungen machen immer wieder auf diesen Missstand aufmerksam.

Die JA! hat 2015 einen Vorstoss eingereicht, der eine Nutzungs- oder Meldepflicht von leerstehendem Wohnraum für Hauseigentümer\_innen in der Stadt Bern fordert. Wir finden es eigentlich eine Selbstverständlichkeit, dass den EigentümerInnen von Wohnraum, einem Gut, auf das wir alle angewiesen sind, gewisse Vorgaben gemacht werden, wie sie mit diesem Gut umzugehen haben und dass sie auch eine gewisse Informationspflicht gegenüber der Stadt haben. 1999 wurde in der Stadt Bern in einer Volksabstimmung das sogenannte Wohnnutzungsreglement abgelehnt. Dieses Reglement hätte eine Meldepflicht von leerstehendem Wohnraum, eine Vermittlung der Verwaltung zwischen Wohnungssuchenden und Eigentümer\_innen und – in Zeiten der Wohnungsnot (Leerwohnungsbestand höchstens 0.8%) – eine Nutzungspflicht von Wohnraum vorgesehen. Diese Vorlage zeigt, dass eine Melde- und Nutzungspflicht von leerstehendem Wohnraum grundsätzlich möglich und umsetzbar ist.

Für die Stadt ist es über den Energieverbrauch relativ einfach festzustellen, ob eine Wohnung leer steht oder nicht. Gemäss dem Vorstoss der JA! müssten Hauseigentümer\_innen in Fällen von leestehenden Liegenschaften von der Verwaltung darauf aufmerk-

Die Räumung der Hausbesetzung an der Effingerstrasse 29 hat eine Diskussion über den Umgang der Stadt Bern mit Hausbesetzungen und Zwischennutzungen ausgelöst. Die JA! fordert eine Nutzungs- oder Vermietungspflicht für Hauseigentümer\_innen und eine klare politische Haltung der Stadt Bern im Umgang mit Hausbesetzungen. Von Seraina Patzen

sam gemacht werden, dass eine Nutzungs- oder Vermietungspflicht besteht und diese müsste mit geeigneten Massnahmen durchgesetzt werden. Zudem würde die Verwaltung in ihr bekanntem leerstehenden Wohnraum Zwischennutzungen vermitteln und fördern.

Die Motion war am 9. Februar im Stadtrat traktandiert, wurde aber verschoben. Es ist absehbar, dass der Vorstoss einen nicht ganz einfachen Stand haben wird im Stadtrat. Wir werden aber alles daran setzen, eine Mehrheit von unseren Forderungen zu überzeugen.

## Haltung der Stadt zu Hausbesetzungen

Neben griffigen Massnahmen, zur Verhinderung von Leerstand in der Stadt Bern, fehlt dem Gemeinderat und der Verwaltung auch eine klare politische Haltung im Umgang mit Hausbesetzungen. Die Koordinationsstelle Zwischennutzung der Stadt Bern hat zwar unter anderem den Auftrag, bei der Besetzung von leerstehenden Häusern zwischen den Besetzer\_innen und den Hauseigentümer\_innen zu vermitteln, falls dies von beiden Seiten gewünscht wird. Wünscht keine der beiden Seiten eine Vermittlung, übernimmt die Koordinationsstelle Zwischennutzung aber keine Aufgaben rund um eine Hausbesetzung. Die Verwaltung und der Gemeinderat sind in diesen Fällen nicht

GEGEN LEERSTAND  
UND WOHNUNGSNOT  
HELFE TRÜNEN GAS  
UND GUMMISCHROT  
SOLIDARITÄT MIT EFFI 29



in die Diskussionen involviert und werden auch im Falle einer polizeilichen Räumung einer Hausbesetzung nicht einbezogen (so geschehen auch an der Effingerstrasse 29).

Die Stadt Zürich geht seit vielen Jahren sehr pragmatisch mit Hausbesetzungen um: Diese werden nur dann von der Polizei geräumt, wenn eine gültige Abbruch- oder Baubewilligung vorliegt, eine Neunutzung unmittelbar bevorsteht oder Sicherheitsbedenken aufgrund des Zustands der Liegenschaft bestehen.

Diesen pragmatischen Umgang mit Hausbesetzungen wünschen wir uns auch für die Stadt Bern. Der Gemeinderat und die Verwaltung müssen eine klare politische Haltung im Umgang mit Hausbesetzungen haben und diese gegenüber allen Beteiligten vertreten. Um diese zu erreichen, hat die JA! gemeinsam mit dem GB, der AL und der Juso am 9. Februar eine Motion eingereicht, die einerseits verlangt, dass der Gemeinderat Richtlinien im Umgang mit Hausbesetzungen erarbeitet, die sich an das Vorgehen in Zürich anlehnen. Andererseits soll die Koordinationsstelle Zwischennutzungen nicht erst auf Anfrage aktiv werden, sondern bei einer Hausbesetzung von sich aus auf die Beteiligten zugehen und über das Vermittlungsangebot sowie die bestehenden Richtlinien informieren.

Frauenbilder –  
heute so wie damals

Von Leonie Wegmüller

**Eine Frau kandidiert für ein politisches Amt. Ihr Gegner, ein Mann. Während beim Mann der Fokus in erster Linie auf seinen Aussagen liegt und das Aussehen, wenn überhaupt, nur nebenbei erwähnt wird, liegt bei der Frau der Fokus primär auf ihrem äusserlichen Erscheinungsbild. Von der Frisur bis zur Figur wird alles kommentiert. Erst dann werden ihre Aussagen angehört.**

Was vermittelt uns dieses Verhalten? Dass im Grunde eigentlich noch so vieles beim Alten geblieben ist. Es vermittelt uns Frauen, dass egal, wie wichtig unsere Aussagen sind, doch als erstes unser Äusseres beachtet wird. Das wir noch so klug und erfolgreich sein können, wir jedoch, wenn unser Aussehen nicht gefällt, in einer gewissen Weise schon verloren haben, bevor wir überhaupt zeigen konnten, was wir drauf haben. Es vermittelt uns, dass wir nach wie vor in vielen Augen als hübsche Begleitung und nicht als eigenständige Persönlichkeit gelten. All das sorgt dafür, dass der Druck auf uns Frauen steigt. Wieso leiden so viele Frauen im Laufe ihres Lebens an einer Depression oder einer Essstörung? Weshalb haben schon kleine Mädchen das Gefühl, zu dick oder nicht gut genug zu sein? Wieso liegt auf jeder Frau in irgendeiner Weise Druck, einem gewissen Ideal zu entsprechen? Weil uns dieses Frauenbild nicht auch zuletzt durch die Medien vermittelt wird.

Das oben geschilderte Szenario haben wohl leider schon zu viele Frauen in dieser oder einer anderer Form selbst erlebt. Wie soll sich diese Situation verbessern, wenn in den Medien Politikerinnen, Nachrichtensprecherinnen oder Unternehmerinnen vorgeführt und wie Objekte behandelt werden? Wenn statt ihrem Wissen und Können die Farbe ihres Pullovers oder ihr Beziehungsstatus im Vordergrund steht? Wie oft müssen sich Frauen Aussagen wie «Sie spricht aber gut für eine Frau» oder «Sie ist aber klug für eine Frau» anhören, im Wissen, dass solche Eigenschaften bei einem Mann nicht speziell hervorgehoben oder in Frage gestellt werden würden? Auch in vielen Filmen werden Frauen als das hoffnungslose, romantische Geschlecht dargestellt, welches auf der Suche nach der grossen Liebe ist und die Männer als das heldenhafte, abenteuerliche Geschlecht auf der Suche nach ihrem Schicksal.

All diese Stigmatisierungen sorgen schlussendlich dafür, dass, wenn sich die Gesellschaft nicht endlich von diesen Rollenbildern befreien kann, auch einmal unsere Töchter mit den ihnen auferlegten Idealen zu kämpfen haben werden und sich, wie wir, unter Druck gesetzt fühlen und früher oder später entmutigt sind und daran zu zerbrechen drohen.

«Sie ist aber klug für eine Frau»

## Überbauung Viererfeld – Warum braucht es Raumplanung?

Von Sofia Gloor

**Am 5. Juni 16 stimmten Bernerinnen und Berner für die Einzonung des Viererfeldes. Immer noch herrscht eine «kleine» Unstimmigkeit bezüglich der Überbauung des Viererfeldes. Müssen werden wir wohl alle das Pärkli mit dem «Studerstei». Trotzdem sind wir der Überzeugung, dass es richtig ist, dort zu bauen. Im Folgenden werde ich dieses Thema noch mal aufgreifen, und aufzeigen warum es sinnvoll ist, im Viererfeld zu bauen.**

Die Überbauung hat etwas mit Raumplanung zu tun. Doch was leistet Raumplanung eigentlich? Grundsätzlich kann Raumplanung Landschaften erhalten. Sie schützt vor Zersiedelung, die Infrastruktur wird verbessert, wodurch Staus verhindert werden und somit wird Energie und Zeit gespart.

Gänzlich unbesiedelte Gebiete sind in der Schweiz schwer zu finden. Viel Landschaft wurde bereits zugebaut, durch die unüberlegte Bauung von Einfamilienhäusern in nicht mit ÖV erschlossenen Gebieten der Schweiz.

Ich denke wir verabscheuen alle diese aneinander gereihten Einfamilienhäuser mit umzäuntem Kleingarten (auch anzutreffen mit Trampolinen), wie sie beispielsweise in Fribourg besonders häufig anzutreffen sind. Doch auch in der Region Bern ist dies ein grosses Thema. Das Bauen in schlecht erschlossenen Gebiete führt zu vielen Pendler\_innen, die jeden Tag eine weite Strecke mit dem Auto zurücklegen müssen, um zur Arbeit zu kommen. Dadurch entstehen lange Staus, wodurch um 1980 die Autobahnen ausgebaut wurden, welche aber nur kurzfristig den Stau behoben. Heute möchte man diesem Problem entgegenwirken, indem man einerseits weniger Land zur privaten Nutzung einzont und andererseits dort baut, wo Gebiete bereits erschlossen und bebaut sind. An Orten wie beispielsweise dem Viererfeld, welches mit dem 11er und dem 21er Bus und sogar zu Fuss und per Velo optimal erreichbar ist. Ziel der Raumplanung ist es, das bauliche Wachstum in die bereits heute bestehenden Städte und Agglomerationen zu lenken. Erforderlich sind dichte Siedlungen, mit einer Lebensqualität, die den Bedürfnissen der dort lebenden Menschen entsprechen. Speziell Siedlungen können durch gute Planung auch Lebensqualität schaffen, weil sie belebt sind und mit Gemeinschaftlichkeit aufwerten können. Ein gutes Beispiel dazu ist die Siedlung in der Aumatt in Hinterkappelen.

Damit wird unsere Natur mehr geschützt als umgekehrt. Wer im Grünen lebt, lebt also nicht zwingenderweise grüner.

Quelle: [www.darumraumplanung.ch](http://www.darumraumplanung.ch)

## Weswegen in den Geschichtsbüchern kaum bedeutende Künstlerinnen zu finden sind

Von Lisa Kast

**Die Malerin Sibylle Zeh übermalte im Reclams Künstlerlexikon, ein Buch von bedeutenden Künstler\_innen von der Antike bis ins 21. Jahrhundert, alle Beiträge über männliche Künstler. Danach blieben bis auf wenige Ausnahmen weisse Seiten übrig. Dies zeigt, wie unterrepräsentiert Frauen in der Kunst waren und immer noch sind.**

In jeder Epoche gab es bedeutende Künstlerinnen. Es waren nur sehr wenige, doch es gab sie. Sie bekamen in den Geschichtsbüchern kaum zur Geltung oder fielen gleich ganz weg. So gerieten viele Künstlerinnen in Vergessenheit.

Frauen waren, wie in allen Bereichen, eingeschränkter als die Männer. Das galt auch in der Kunst. Sie durften gewisse Motive nicht abbilden, durften nur als minderwertig geltende Materialien nutzen. In der Öffentlichkeit bekamen die Werke von Frauen nur in seltenen Ausnahmen Aufmerksamkeit und Anerkennung, welche sie bekommen hätten, wären sie keine Frau gewesen. Lange durften Frauen keine Aktbilder von Männern malen, diese grundlegende Erfahrung in der künstlerischen Ausbildung war Frauen nicht erlaubt. Weil den Frauen der Zugang zu Ausbildung oft verweigert wurde, arbeiteten sie als Model für Maler um von ihnen zu lernen. Vor der Renaissance wurden vor allem Handwerkskunst praktiziert. Berufe wie Goldschmied, Tischler oder Steinbildhauer konnten nur von Männern erlernt werden. Später in der Renaissance, als die Malerei populärer wurde, wurde das Wissen der Maler oft an ihre Töchter weitergegeben. Da das die einzige Art war, wie Frauen das Malen lernen konnten, waren künstlerisch tätige Frauen vor allem Näherinnen, Töpferinnen, Weberinnen. Diese Künste galten als minderwertig im Vergleich zur Malerei oder Steinbildhauerei. Was auch ein Grund ist, weswegen von diesen Künstlerinnen nichts in den Geschichtsbüchern steht.

Selbst in der Kunst, in der immer wieder mit Tabus gebrochen und Freiräume geschaffen wurde, gestand man Künstlerinnen bis ins späte 20. Jahrhundert nicht das gleiche Talent, Tiefgründigkeit und Disziplin wie den Künstlern zu. Die US-amerikanische Kunsthistorikerin Linda Nochlin hat mit ihrem Essay «Why Have There Been No Great Women Artists?» 1971 eine Debatte über Frauen in der Kunst angestoßen. Die Kunstgeschichte wurde neu erfunden. Frauen hatten einiges nachzuholen. Früher haben Künstlerinnen viele Seiten ihrer Persönlichkeit in ihrer Kunst nicht ausdrücken dürfen. Nur sehr dezent konnten sie diese in ihren Werken einbringen. Nun hatten sie weniger Hemmungen, diese Tabus zu brechen. Direkt wurden Sexualität, Geschichte, Politik und Identität in den Kunstwerken von Frauen thematisiert.

## Wirtschaftswachstum – höchste Priorität der Schweiz?

**Beim Staatsbesuch des chinesischen Generalsekretärs Xi Jinping, den er am 15. und 16. Januar 2017 den eidgenössischen Räten der Schweiz abstattete, ging es in erster Linie um ein gutes wirtschaftliches Verhältnis. Welche Kompromisse die Schweiz dafür bereitwillig eingeht, hat sich in diesen Tagen deutlich gezeigt.**  
von Maria Vermathen

In China werden Menschenrechte missachtet, das Internet wird zensiert, freie Meinungsäusserung kann zu Bespitzelung, Hausarrest oder Verhaftung führen, und Minderheiten wie die Tibeter\_innen werden unterdrückt. Die Schweiz ist stolz auf ihre Konkordanzdemokratie, die Meinungsfreiheit, die Unabhängigkeit und ihre Neutralität. Doch offenbar werden diese Werte angesichts einer möglichen guten wirtschaftlichen Beziehung sekundär. Am 25. März 1999 hat der chinesische Generalsekretär Jiang Zemin der Schweiz einen ähnlichen Besuch abgestattet wie Xi Jinping dieses Jahr. Damals lief allerdings einiges aus dem Ruder: viele Tibeter\_innen demonstrierten auf dem Bundesplatz und forderten die Befreiung Tibets. Jiang Zemin konnte diese Meinungsäusserung nicht tolerieren und sagte zu Ruth Dreifuss, sie sei nicht in der Lage, ihr Land zu regieren. Um einen solchen Eklat dieses Mal zu verhindern, wurden diverse Massnahmen ergriffen, deren Rechtslage relativ kritisch ist. Das primäre Ziel der Sicherheitsvorkehrungen, die getroffen wurden, war das Vermeiden eines Zusammentreffens der Demonstrant\_innen und dem Generalsekretär. Jegliche Demonstrationen von Tibeter\_innen wurden zu diesem Zweck verboten, abgesehen von einer genehmigten Kundgebung am Morgen, als Xi Jinping noch nicht in Bern war. Dennoch versuchten junge Tibet-Aktivist\_innen, die Ankunft des Generalsekretärs zu stören. Die Polizei griff hart durch: eine Mauer wurde gebildet und Tibeter\_innen, die friedlich ihre



Werte wie Gleichberechtigung und freie Meinungsäusserung müssen eine höhere Priorität haben als Wirtschaftswachstum.

Meinung äusserten, wurden gewaltsam einzeln abgeführt. Währenddessen standen Pro-China-Demonstranten auf dem Bundesplatz und begrüsst ihren Staatschef. Der Berner Sicherheitsdirektor Reto Nause (CVP) sagte zum Vorgehen der Polizisten: «Die Stadt Bern hat versucht, eine gute Balance zu wahren zwischen der Meinungsäusserungsfreiheit und den völkerrechtlichen Verpflichtungen einem ausländischen Staatsgast gegenüber.» Später fügte er hinzu: «Für die Schweiz steht wirtschaftlich einiges auf dem Spiel. Nichts soll den Geschäftsgang mit der Volksrepublik China beeinträchtigen.» Der Gemeinderat beurteilte die Aktion zwar als «nicht verhältnismässig», es gab aber keinerlei Konsequenzen.

Es ist nicht das erste Mal, dass die Schweiz vor grossen Wirtschaftspartnern buckelt und sich ihnen anpasst. Es gibt mehrere Beispiele, die an dieser Stelle genannt werden könnten. Ein besonders extremes Ereignis war die Libyen-Affäre, in der Muammar al-Gaddafi infolge der Festnahme seines Sohnes Hannibal al-Gaddafi die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der Schweiz einstellte, worauf sie sich für ihr Vorgehen entschuldigte und Hannibal al-Gaddafi wieder freiliess. Er hatte Mitarbeiter in einem Hotel stark misshandelt, worauf sie fliehen mussten und dann ins Spital kamen. Auch das derzeitige Verhalten dem türkischen Aussenminister gegenüber zeugt von dieser Einstellung der Schweiz. Man hat Angst vor negativen Einflüssen bezüglich der Wirtschaft und passt sich so gerne den Forderungen der Türkei an.

Was erwartet uns noch? Konsequenzen haben Vorfälle wie die Polizeieinsätze beim Besuch Xi Jinpings in Bern nicht. Und deshalb ist es wahrscheinlich, dass sich die Schweiz weiterhin dem Standard anderer Länder anpassen wird und die Polizei Menschen aufgrund ihrer «Bedeutung» ungleich behandelt und an freier Meinungsäusserung zu Gunsten der Wirtschaft hindert. Dieser Preis ist zu hoch. Werte wie Gleichberechtigung und freie Meinungsäusserung müssen eine höhere Priorität haben als Wirtschaftswachstum.

## interessiert? komm vorbei!

Wir treffen uns jeden zweiten Dienstag abend im JA!-Seki an der Neubrückestrasse 17 in Bern (Buslinie 11 «Neufeld» oder 21 «Bremgarten» bis Haltestelle «Henkerbrünnli»), > gegenüberliegende Strassenseite erstes Haus an der Kreuzung:

Dienstag, 4. April, 18.30 Uhr  
Dienstag, 18. April, 18.30 Uhr  
Dienstag, 2. Mai, 18.30 Uhr

---

## JA!genda

**17.04.2017:** Ostermarsch Bern, Treffpunkt 13 Uhr im Eichholz, Schlusskundgebung um 14.30 Uhr auf dem Münsterplatz. [www.ostermarschbern.ch](http://www.ostermarschbern.ch)

**01.05.2017:** 1.Mai-feier auf dem Bundesplatz

**08.07.2017:** Jubiläum 25 Jahre JA!

## Impressum

Der ja!rgon erscheint 4 mal jährlich

Junge Alternative JA!  
Postfach 6874  
3001 Bern

Telefon 031 301 82 09  
Telefax 031 302 88 78

[info@jungealternative.ch](mailto:info@jungealternative.ch)  
[www.jungealternative.ch](http://www.jungealternative.ch)  
Postkonto 30-1054-3

Redaktion dieser Ausgabe:  
Julian Zürcher, Sophia Gloor, Lisa Kast,  
Seraina Patzen, Eva Krattiger,  
Leonie Wegmüller, Maria Vermathen,  
Alice Galizia

Gestaltung: Lisa Kast  
Layout: Lisa Kast  
Lektorat: Alice Galizia, Seraina Patzen